



von Helmut Markwort

Die Koalitionspläne sind dem Bürokraten Hubertus Heil völlig egal

Montag

Die gute Nachricht wird leider überlagert von der schlechten. Für beide ist Hubertus Heil zuständig, der Minister für Arbeit und Soziales. Als gute Neuigkeit kündigt er ein Gesetz an, dass von Oktober an endlich die Verdienstschwelle für geringfügig Beschäftigte von 450 Euro monatlich auf 520 Euro angehoben wird.

Das ist gut und notwendig, weil die Minijobber seit neun Jahren nur 450 Euro verdienen durften, während die durchschnittlichen Löhne und Gehälter seitdem deutlich gestiegen sind.

Diese Verbesserung wird aber belastet durch einen zusätzlichen Wust von Vorschriften, die Arbeitgeber ärgern.

Im „Zweiten Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung“ will Hubertus Heil Dokumentationspflichten durchsetzen, die weit entfernt sind von der Realität im wirtschaftlichen Alltag. Die Bürokratierfinder in seinem Ministerium lassen erkennen, dass sie wenig Ahnung davon haben, wie es in vielen Branchen zugeht.



Oberbürokrat Arbeitsminister Hubertus Heil offenbart sich als Plage vieler Unternehmen

Die Unternehmer und ihre Mitarbeiter in den Personalabteilungen fühlen sich zu Recht schikaniert.

Es geht vor allem um neue Pflichten zur Arbeitszeitdokumentation. Bisher reichte es, wenn die Betriebe für mögliche Kontrollen durch Zoll- und Arbeitsschutzbehörden innerhalb von sieben Tagen auflisteten, wann und wie lange ihre Mitarbeiter wo eingesetzt waren.

Künftig sollen Arbeitsbeginn, -ende und -dauer jeweils am Tag der Arbeitsleistung elektronisch und manipulationsicher aufgezeichnet und gespeichert werden.

Gegen diese Zumutung protestieren besonders das Baugewerbe, die Gebäudereiniger und die Wach- und Sicherheitsdienste.

Das Gebäudereinigungshandwerk rechnet vor, dass seine 700 000 Beschäftigten täglich in mehr als 100 000 Objekten im Einsatz sind. Sie können von ihren Kunden – von kleinen Arztpraxen bis zu großen Betrieben – nicht erwarten, dass sie Zeiterfassungsterminals für die Putzkolonnen installieren.

Ähnliche Beispiele von Bürokratieschäden sind aus dem Bau- und Gastgewerbe zu hören. Wer die 31 Seiten des Gesetzentwurfes liest, spürt zwischen den Zeilen zwei Motive: die Lust an Gängelung und ein tiefes Misstrauen gegen die Arbeitswelt.

Völlig gleichgültig lässt die Verfasser der Koalitionsvertrag der Ampelparteien. Darin wird mehr als 60-mal der Kampf gegen die Bürokratie erwähnt.

Wörtlich: „Wir wollen Abläufe und Regeln vereinfachen und der Wirtschaft, insbesondere den selbstständigen Unternehmerinnen und Unternehmern mehr



Twitterblüte SPD-Chefin Saskia Esken überrascht die Welt mit einer Erkenntnis

Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben schaffen.“ Hubertus Heil tut das Gegenteil.

Dienstag

Putin hat die Schlinge um den Hals der Ukraine zugezogen. Alle Schlichtungsversuche sind gescheitert – und dennoch blüht mancherorts eine bemerkenswerte Naivität.

Für den ersten Preis an Weltfremdheit erkläre ich Saskia Esken zur Favoritin.

Die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat eine Äußerung über die Ukraine Krise veröffentlicht, die in den weltpolitischen Zentren, bei der Sicherheitskonferenz in München und in deutschen Kabarettprogrammen inklusive „heute-show“ bisher zu wenig beachtet worden ist. Putins angeblicher Truppenrückzug sei, so twitterte sie, das Ergebnis der „beeindruckenden Krisendiplomatie“ von Olaf Scholz. Diese Erkenntnis hat sie weltexklusiv.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.